STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 2 / Fachbereich 2 - Finanzen

Sitzungsvorlage

Datum: 20.05.2014

Drucksache Nr.: 14/0161

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Rat	25.06.2014	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 der Stadt Sankt Augustin

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt den vom Kämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 gem. § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zur Kenntnis und verweist ihn gem. § 59 Abs. 3 GO NRW i. V. m. § 101 GO NRW zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss. Das Ergebnis der Prüfung ist in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachverhalt / Begründung:

Die Stadt hat gem. § 95 GO NRW i. V. m. § 37 GemHVO zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) aufzustellen, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt zu vermitteln hat. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnis- und der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen. Der Entwurf des Jahresabschlusses 2013 wurde vom Kämmerer am 27.05.2014 aufgestellt und am gleichen Tag vom Bürgermeister bestätigt. Nach § 95 Absatz 3 GO NRW leitet der Bürgermeister den von ihm bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses dem Rat zu.

Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen negativen Saldo in Höhe von 4.783.907,34 € aus. Gegenüber dem geplanten Defizit in Höhe von 13.180.030 € aus dem 1. Nachtragshaushaltsplan zuzüglich der übertragenen Haushaltsreste aus dem Jahr 2012 in Höhe von 437.539,80 € (fortgeschriebener Ansatz) verringert sich das Defizit somit um 8.833.662,46 €. Insgesamt verbessern sich die Erträge gegenüber den Planansätzen um 10.297.141,61 €. Diesen Verbesserungen stehen auf der Aufwandsseite Verschlechterungen in Bezug auf den fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 1.463.479,15 € gegenüber.

Ertragsverbesserungen sind insbesondere bei der Gewerbesteuer von rd. 3,1 Mio. € und bei den Baugenehmigungsgebühren von rd. 2,1 Mio. € zu verzeichnen. Ebenfalls konnten Mehrerträge aus der Veräußerung von Grundstücken von rd. 1,4 Mio. € erzielt werden. Im Bereich der Erträge aus Zuweisungen vom Land ergeben sich Verbesserungen von rd. 1,7 Mio. €. Dies ist hauptsächlich auf die im Zusammenhang mit dem Belastungsausgleichsgesetz geänderte Förderung der u3-Plätze sowie die anteilige konsumtive Inanspruchnahme der Schulpauschale zurückzuführen. Weitere Mehrerträge ergeben sich bei der Auflösung von Rückstellungen (rd. 590 T€) und bei der Verzinsung der Gewerbesteuer (rd. 652 T€).

Auf der Aufwandsseite ergeben sich insbesondere aufgrund der Verschiebung von Maßnahmen rd. 2,1 Mio. € geringere Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen. Demgegenüber stehen jedoch Mehraufwendungen aufgrund der Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen von rd. 1,3 Mio. €. Ebenfalls sind rd. 1,9 Mio. € höhere Transferaufwendungen zu verzeichnen. Diese sind im Wesentlichen durch Mehraufwendungen bei den Leistungen der Jugendhilfe sowie höhere Betriebskostenzuschüsse für die Kindertageseinrichtungen freier Träger verursacht.

Eine Analyse der Abweichungen bezogen auf die einzelnen Ergebniszeilen ist im Anhang des Jahresabschlusses dargestellt.

Der Finanzplan schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 3.143.566,16 € ab. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem negativen Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1.585.950,02 € und dem negativen Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 1.557.616,14 €. Der Fehlbetrag sowie die ordentliche Tilgung führte zur Aufnahme zusätzlicher Liquiditätskredite in Höhe von rd. 8,4 Mio. €. Zur Finanzierung des Saldos aus Investitionstätigkeit durften in 2013 mangels Genehmigung durch die Kommunalaufsicht zunächst keine Investitionskredite in Anspruch genommen werden. Zwischenzeitlich liegt die Genehmigung der Kommunalaufsicht vor. Die Kreditermächtigung aus 2013 kann gem. § 86 Abs. 2 GO NRW noch bis Ende 2014 in Anspruch genommen werden.

Der Entwurf des Jahresabschlusses auf Produktbereichsebene (gesetzliche Mindestanforderung an die Gliederung) wird in der Sitzung ausgelegt. Eine produktgenaue Ausfertigung liegt in der Kämmerei zur Einsichtnahme aus.

Der Rat verweist den Entwurf des Jahresabschlusses zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss. Der Rechnungsprüfungsausschuss wird das Ergebnis seiner Prüfung in einem Bestätigungsvermerk zusammenfassen bzw. die Versagung des Bestätigungsvermerkes ganz oder teilweise aussprechen. Im letzteren Falle ist dem Bürgermeister die Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen.

Die Feststellung und Verwendung des Jahresergebnisses 2013 obliegt im Anschluss an dieses Verfahren dem Rat.

Klaus Schumacher

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von

über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.

über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.